78

Ministerratssitzung — Freitag, 9. September 1949

Beginn: 16 Uhr 15 — Ende: 19 Uhr 15

Anwesend: Ministerpräsident Dr. Ehard, Stv. Ministerpräsident und Justizminister Dr. Müller, Kultusminister Dr. Hundhammer, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Arbeitsminister Krehle, Verkehrsminister Frommknecht, Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Grieser (Arbeitsministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium), Ministerialrat Dr. Ringelmann als Vertreter des Finanzministeriums.

Entschuldigt: Innenminister Dr. Ankermüller, Finanzminister Dr. Kraus, Staatsminister Dr. Pfeiffer, Staatssekretär F. Fischer (Innenministerium-Oberste Baubehörde), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium).

Tagesordnung: I. Bericht des Herrn Ministerpräsidenten über Bonn. [II. Feierlichkeiten anläßlich des Ablebens von Richard Strauss]. [III. Gedenkstunde zum Tag der Opfer des Faschismus]. [IV. 25-jähriges Pfarrerjubiläum des Herrn Geistlichen Rats Muhler]. [V. Einladung des Bayer. Gewerkschaftsbundes]. [VI. Aufhebung der 6%igen Gehaltskürzung]. [VII. Fall Loritz]. [VIII. Fall Gröning]. [IX. Personalangelegenheiten].

[I. Bericht des Herrn Ministerpräsidenten über Bonn]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* eröffnet die Sitzung und erstattet einen eingehenden Bericht über die Vorgänge der letzten Tage in Bonn.[1]

Schon vor längerer Zeit sei der Vorschlag an ihn herangetragen worden, Präsident des Bundesrats zu werden. Auch bei einer Unterhaltung mit Dr. Adenauer, die vor kurzem stattgefunden habe, sei davon gesprochen worden.[2] Er habe von diesem Plan Kenntnis genommen, eine ausdrückliche Vereinbarung sei aber niemals getroffen worden. Der Bundesrat sei nun für den 7. September 1949 zusammenberufen worden; vorher habe man eine Vorbesprechung in Unkel, an der sämtliche Bundesratsmitglieder teilnehmen sollten, angesetzt. Er habe schon kurz vorher von Ministerpräsident Altmeier[3] gehört, es sei wohl zweckmäßig, wenn die CDU/CSU-Minister sich vorher träfen, um sich abzusprechen. Am 6. September 1949 sei er dann gegen 5 Uhr nachmittags nach Unkel gekommen und habe von Anfang an eine etwas merkwürdige Atmosphäre vorgefunden und zwar schon bevor man sich zu den Besprechungen zusammengesetzt habe. Zu Beginn der Sitzung sei Ministerpräsident Arnold[4] noch nicht zugegen gewesen, wohl aber Frau Minister Teusch[5] von Nordrhein-Westfalen. Es sei dann bald über die Frage des Bundesratspräsidenten gesprochen worden, wobei von süddeutschen Ministern erklärt worden sei, es sei wohl selbstverständlich, daß Bayern berücksichtigt und Ministerpräsident Ehard benannt werde. Daraufhin erwiderte Frau Teusch, ihrer Auffassung nach müsse das größte Land, nämlich Nordrhein-Westfalen, den Präsidenten stellen, während man Bayern den Vizepräsidenten vorbehalten könne. Gegen diesen Vorschlag seien sofort Einwendungen erhoben worden, er selbst habe sich aber zunächst nicht geäußert, bis dann Ministerpräsident Arnold gekommen sei und folgende Erklärung

1 Vgl. *Gelberg*, Ehard S. 286–289.
2 Vgl. den Bericht des Bevollmächtigten Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes von Elmenau, 21. 8. 1949, über die Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, und dem Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, am 20. 8. 1949 in Frankfurt am Main im Beisein von Staatsminister Anton Pfeiffer, MinRat Karl Schwend sowie zeitweise Ludwig Erhard und Staatsrat Wilhelm Niklas betr. Regierungsbildung und Personalfragen; *Wengst*, Auftakt S. 30ff. S. NL Ehard 1177.
3 Peter *Altmeier* (1899–1977), 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (CDU); vgl. *Lexikon der Christlichen Demokratie* S. 178.
4 Zu seiner Person s. Nr. 77 TOP I.
5 Christine *Teusch* (1888–1968), 1947–1954 Kultusministerin von Nordrhein-Westfalen, 1947–1966 MdL (CDU); vgl. *Lexikon der Christlichen Demokratie* S. 384f.

abgegeben habe: Das Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen habe beschlossen, daß Ministerpräsident Arnold als Präsident des Bundesrates nominiert werden müsse;[6] es würde also ihn vorschlagen und von dieser Forderung nicht abgehen.[7]

Auf diese plötzliche Erklärung hin sei unter den Teilnehmern der Besprechung starke Entrüstung entstanden, auch habe ein Kabinettsmitglied von Nordrhein-Westfalen erklärt, er wisse von einem solchen Beschluß nichts und sei auch keineswegs damit einverstanden.[8] Arnold habe daraufhin erwidert, man hätte dieses Kabinettsmitglied nicht mehr erreichen können. Übrigens habe sich dann nachträglich herausgestellt, daß gar keine Kabinettsitzung in Düsseldorf stattgefunden, sondern lediglich Ministerpräsident Arnold die einzelnen Minister telefonisch verständigt habe.[9]

Die süddeutschen CDU-Minister hätten daraufhin gegen den Vorschlag Arnolds opponiert, dieser habe aber auf seinem Standpunkt beharrt. Minister Dr. Kaufmann von Württemberg-Baden[10] habe u. a. berichtet, Ministerpräsident Dr. Maier[11] habe ausdrücklich erklärt, Württemberg werde sich für Dr. Ehard einsetzen. Minister Dr. Stein,[12] Hessen, gab bekannt, Ministerpräsident Stock habe sich zwar seine Stellungnahme noch vorbehalten, aber auch Hessen sei bereit, für den bayerischen Ministerpräsidenten einzutreten. Im Lauf der Debatte sei dann zur Sprache gekommen, daß die Mitglieder des Bundesrats, die der SPD angehörten, Arnold wählen würden.[13] Das könne man aber nicht hinnehmen und müsse also wohl, wenn auch ungern, auch von Seiten der CDU für diesen eintreten. Schließlich sei dann erklärt worden, der Vizepräsident müsse an Bayern fallen, er selbst habe aber geantwortet, daß dies überhaupt nicht in Frage komme.

Frau Minister Teusch habe dann an ihn das Ansinnen gerichtet, Ministerpräsident Arnold selbst vorzuschlagen!

Bei der späteren Sitzung aller Bundesratsmitglieder sei dann der Vorschlag eingebracht worden, Arnold zum Präsidenten und die Ministerpräsidenten Kopf[14] und Gebhard Müller[15] zu Vizepräsidenten zu wählen. Auf die Frage, ob die einzelnen Länder diesem Vorschlag zustimmen würden, hätten dann die bayerischen Vertreter geantwortet, sie würden sich an der Wahl nicht beteiligen. Die Ministerpräsidenten Dr. Maier, Stock und Wohleb[16] hätten sich die Entscheidung vorbehalten, alle anderen aber diesem Vorschlag zugestimmt.

6 Vgl. die Erklärung Arnolds in der Kabinettssitzung am 15. 9. 1949 zur Wahl des Präsidenten des Bundesrates: „Da die Entscheidungen im Bundesrat auf dem Willen der Länderregierungen beruhen sollen, habe ich am Vormittag des 6. September zur Frage der Wahl des Präsidenten des Bundesrates die Meinung der Kabinettsmitglieder eingeholt. Mit Ausnahme der nicht erreichbaren Kabinettsmitglieder Dr. Weitz und Dr. Sträter haben alle übrigen Minister einmütig den Standpunkt vertreten, daß das Amt des ersten Vorsitzenden des Bundesrates dem bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen zufallen müsse. Wenn auch der Bundesrat nicht die Fortsetzung des bisherigen Länderrates sei, so entspreche eine solche Entscheidung der turnusmäßigen Übung, die sich im Länderrat bestens bewährt habe. Entsprechend dieser Weisung wurden bei der Wahlhandlung die Stimmen des Landes abgegeben.
Die Erklärung wurde vom Kabinett – mit Ausnahme des Finanzministers Dr. Weitz – gebilligt.“; vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen* 1946–1950 S. 794.

7 Vgl. *Gelberg*, Ehard und Arnold.

8 Hierbei handelte es sich vermutlich um Weitz (vgl. Anm. 6); am 24. 8. 1949 hatte das nordrheinwestfälische Kabinett MPr. Arnold sowie die Minister Halbfell, Spiecker, Steinhoff und Weitz zu ständigen Mitgliedern des Bundesrates ernannt; vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen* 1946–1950 S. 785.

9 Die Formulierung geht auf eine hs. Korrektur von MPr. Ehard zurück. Im Registraturexemplar hatte es zunächst geheißen: „aufgesucht oder telefonisch bearbeitet habe“ (StK-MinRProt 12).

10 Dr. rer. pol. Edmund *Kaufmann* (1893–1953), Verbandsfunktionär und Politiker, 1946–1948 MD im Wirtschaftsministerium Württemberg-Badens, 1948/1949 Stellv. Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des VWG, 1949/1950 Finanzminister von Württemberg-Baden, 1952 Staatssekretär für Verfassungsfragen in Baden-Württemberg, 1950 MdL (CDU), 1952 Übertritt zur FDP/DVP.

11 Zu seiner Person s. Nr. 55 TOP V.

12 Dr. jur. Erwin *Stein* (1903–1992), 1930–1933 Richter, 1933–1947 Anwalt und Notar, 1947–1949 hessischer Staatsminister für Erziehung und Volksbildung (CDU), seit 1949 zugleich hessischer Justizminister, 1951–1971 Richter am Bundesverfassungsgericht.

13 Vgl. Kurt Schumacher, SPD-Vorsitzender, auf der gemeinsamen Sitzung des SPD-Parteivorstands, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission, der Bundestagsfraktion und der Ministerpräsidenten, 6. 9. 1949, in Köln: „Der vernünftigste Weg bei der Besetzung der Bundesratspräsidentenposition wäre, wenn man den Ministerpräsidenten des größten Landes, nämlich Arnold in Nordrhein-Westfalen, vorschlüge. Die Absicht, den Neinsager zum Grundgesetz, Ministerpräsident Ehard, zu wählen, ist absurd“, *Albrecht* Bd. 2 S. 270.

14 Hinrich Wilhelm *Kopf* (1893–1961), 1947–1955 Ministerpräsident von Niedersachsen (SPD).

15 Dr. jur. Gebhard *Müller* (1900–1990), 1948–1952 Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg (CDU), 1959–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts; vgl. *Lexikon der Christlichen Demokratie* S. 332f.

16 Leo *Wohleb* (1888–1955), 1947–1952 Staatspräsident und Kultusminister von Baden (BCSV, später CDU); vgl. *Lexikon der Christlichen Demokratie* S. 405f.

Am anderen Tag[17] sei er selbst dann zu einer Besprechung zu Dr. Adenauer gebeten worden. Er sei aber nicht hingegangen, habe vielmehr an der Tür zum Bundesrat Dr. Adenauer und Kaiser[18] begegnet und ihnen mitgeteilt, er werde zu der Sitzung des Bundesrats gehen. Bei der Wahl des Präsidenten hätten dann alle Mitglieder des Bundesrats für Arnold gestimmt, während sich Bayern nicht beteiligt habe. Nach der Übernahme des Präsidiums durch Arnold habe dieser Kopf und Müller vorgeschlagen; bei dieser Wahl hätten auch die bayerischen Vertreter mit ja gestimmt.[19]

Zu diesen Vorgängen habe er nun folgendes gehört: Schon vor längerer Zeit sei der Plan aufgetaucht, Ministerpräsident Arnold zum Präsidenten des Bundesrats zu wählen.[20] Auch Adenauer habe ihm bestätigt, daß Arnold, Hilpert[21] und Kaiser bei ihm gewesen seien, der erstere mit einem Kabinettsbeschluß. Bei dieser Besprechung habe Arnold zwar erklärt, vielleicht könne man von dem Ministerratsbeschluß abgehen, schließlich habe er aber dann doch die schon geschilderte Stellungnahme in Unkel abgegeben.

In Bonn herrsche über diese Vorfälle große Erregung und Niedergeschlagenheit, übrigens auch bei Adenauer. Nach der Bundesratssitzung sei er in die Fraktion der CSU gegangen,[22] bei der eine sehr erregte Stimmung geherrscht habe. Am Nachmittag des gleichen Tages sei dann die Bundestagssitzung gewesen; ursprünglich sei geplant gewesen, dabei zum Präsidenten des Bundestags Dr. Köhler,[23] zu Vizepräsidenten Carlo Schmid,[24] Abg. Schäfer[25] von der FDP und je einen Vertreter der Deutschen Partei und der Bayernpartei zu wählen, was er aber verhindert habe.[26] An dem Empfang am Abend teilzunehmen, habe er abgelehnt. Am Donnerstag, den 8. September, sei er dann von Dr. Adenauer angerufen und zu einer Rücksprache gebeten worden. Adenauer habe ihm dann mitgeteilt, er habe gehört, daß Ehard glaube, er sei an den ganzen Vorfällen mit beteiligt. Dies sei, so sagte Dr. Adenauer, keineswegs der Fall, er selber sei von den ganzen Vorgängen sehr betroffen. Er sei überzeugt, daß diese Äußerung richtig sei und Arnold seinen Schritt allein unternommen habe, teils von Ehrgeiz besessen, teils aus dem Gedanken heraus, auf diese Weise leichter mit der SPD zusammenkommen zu können.

Das Vertrauen in die Zusammenarbeit mit der CDU sei völlig zerstört und er habe dies auch Dr. Adenauer erklärt. Besonders erschütternd sei gewesen, daß die Ministerpräsidenten Altmeier, Wohleb und Müller wieder einmal, wie schon öfters, umgefallen seien.[27] Wenn Arnold jetzt behaupte, er werde sich für die Interessen der Länder einsetzen, so könne dies niemand ernst nehmen bei einem Mann, der sich um das Bonner Grundgesetz überhaupt nicht gekümmert habe,[28] insbesondere nicht um das Zustandekommen des Bundesrats.

Allerdings müsse er auch darauf hinweisen, daß von Anfang an ein schwerer Fehler gemacht worden sei: Schon vor der ersten Besprechung habe er Adenauer gesagt, er warne davor, jetzt schon Koalitionsverhandlungen zu führen und befürchte, daß auch aus den eigenen Reihen der CDU Schwierigkeiten

17 Gemeint ist der 7. 9. 1949.
18 Jakob *Kaiser* (1888–1961), 1945 Aufbau der CDU in Berlin und der SBZ, 1949 Vors. der Sozialausschüsse der CDU/CSU, 1949–1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1950–1958 stv. Vors. der CDU; vgl. *Lexikon der Christlichen Demokratie* S. 291f.
19 Vgl. Auszug der 1. Sitzung des Bundesrates, 7. 9. 1949, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* S. 3–7. Bayern übte bei der Wahl Arnolds Stimmenthaltung. Vgl. ferner das Programm der Eröffnungssitzung des Bundesrates, 7. 9. 1949, im Bundeshaus in Bonn in NL Ehard 1121 und StK 13074.
20 MPr. Ehard ersetzte hs. im Registraturexemplar „machen“ durch „wählen“ (StK-MinRProt 12).
21 Zu seiner Person s. Nr. 55 TOP II.
22 Gemeint ist nicht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sondern die CSU-Landesgruppe. Auf ihrer Sitzung erklärte Ehard u.a.: „Man hat Bonn als Bundeshauptstadt und hat Heuss als Bundespräsidenten: willfähriger, schwacher Mann. Nun können sie unsere ganze bayerische Politik abschreiben. Diese ganzen Leute sind Zentralisten, liegen wirtschaftlich auf einer ganz anderen Linie. Ich werde mich zurückziehen und werde nur dann erscheinen, wenn es notwendig ist, die bayerischen Interessen energisch zu wahren. Diese Sache ist eine unerhörte Brüskierung meiner Person und vor allem Bayerns durch Nordrhein-Westfalen. Man kann der SPD keinen Vorwurf machen“ (ACSP, LG-Sitzung 7. 9. 1949). Vgl. unter Verwendung des Protokolls der Landesgruppensitzung vom 7. 9. 1949 *Schlemmer,* Aufbruch S. 386.
23 Zu seiner Person s. Nr. 55 TOP I.
24 In der Vorlage fälschlich „Schmidt“. – Dr. jur. Carlo *Schmid* (1896–1979), 1947–1950 Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, 1948/1949 Vors. der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Rat, 1949–1972 MdB, 1949–1953 und 1957–1965 stv. Vors. der SPD-Fraktion, 1949–1966 und 1969–1972 Vizepräsident des Bundestags, 1966–1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder; vgl. *Weber,* Carlo Schmid.
25 Dr. Hermann *Schäfer* (1892–1966), 1948/1949 Vizepräsident des Parlamentarischen Rates (FDP), 1949–1957 MdB, 1949–1953 Vizepräsident des Bundestags, 1953–1956 Bundesminister für besondere Aufgaben.
26 Das Präsidium des Bundestags bestand in der 1. WP nur aus einem Präsidenten und den beiden Vizepräsidenten Schmid und Schäfer.
27 Vgl. *Gelberg,* Ehard S. 226f.
28 Vgl. *Gelberg,* Ehard S. 284.

entstehen würden. Er solle sich doch darauf beschränken, mit den eigenen Parteifreunden Besprechungen abzuhalten, denn das ganze Bild könne sich noch wesentlich ändern.

Adenauer habe damals schon die Idee gehabt, die Wahl des Bundespräsidenten mit einer Wahlkapitulation für Heuss zu verbinden. Er habe davor gewarnt, den zukünftigen Präsidenten durch eine Wahlkapitulation binden zu wollen, was aber dann doch leider geschehen sei in einer Form, daß man habe behaupten können, es sei abgesprochen worden, zum Bundespräsidenten einen Demokraten, zum Bundeskanzler einen Angehörigen der CDU und zum Bundesratspräsidenten einen Angehörigen der CSU zu machen. Natürlich habe die SPD davon gehört und gerne die Aktion Arnold aufgenommen.

Ferner habe man versucht, den bayerischen Ministerpräsidenten als den größten Gegner der Großen Koalition hinzustellen und behauptet, er habe festgestellt, niemals mit der SPD zusammengehen zu können. Das sei keineswegs richtig, er habe vielmehr immer betont, das Wahlergebnis sei deutlich gegen die Sozialisten ausgefallen[29] und man müsse die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen, d.h. keine Regierung unter Führung der SPD bilden. Man solle aber auch kein Kabinett als Kampfkabinett gegen die SPD richten. Das gebe zwar die Möglichkeit zu einer kleinen Koalition, ausgenommen solle aber der Bundespräsident sein, der möglichst auch mit den Stimmen der SPD gewählt werden solle.

Leider scheine aber auch von Leuten der CSU der Standpunkt eingenommen worden zu sein, man werde unter keinen Umständen etwas mitmachen, wenn mit der SPD verhandelt werde. Mit solchen Äußerungen habe er selbst natürlich nichts zu tun. Die SPD habe aber die Möglichkeit ausgenützt, von solchen Äußerungen im weiten Umfange Gebrauch zu machen.

Gestern nachmittag sei er dann noch in Bonn von Ministerpräsident Kopf angesprochen worden, der ihm gesagt habe, der Ausgang der Bundesratspräsidentenwahl sei sehr bedauerlich.

Was die Wahl des Bundespräsidenten betreffe, so sei diese ja an sich ein Teil der Koalitionsverhandlungen; die SPD sei aber bereit, sich an der Wahl zu beteiligen, sie würde nur eine ausdrückliche Erklärung verlangen, daß es sich hier um keinen Teil der Koalitionsbesprechungen drehe. Unter diesen Voraussetzungen würde die SPD auch nicht darauf bestehen, daß der zukünftige Bundespräsident ein Mann ihrer Richtung sei oder ihr auch nur nahe stehe. Diesen Einwand von Kopf halte er für richtig und habe dies auch Dr. Adenauer mitgeteilt. Schließlich habe Kopf auch im Namen der anderen Ministerpräsidenten ihm selbst gesagt, er solle davon überzeugt sein, daß die Wahl des Bundesratspräsidenten sich nicht gegen Bayern und schon gar nicht gegen Dr. Ehard persönlich gerichtet habe.

Mit den drei süddeutschen Ministerpräsidenten habe er gleichfalls gesprochen und ihnen seine Enttäuschung nicht vorenthalten. Er habe u.a. darauf aufmerksam gemacht, daß er immer auch für die anderen süddeutschen Länder eingetreten sei; in Zukunft werde er das nicht mehr tun, weil es offensichtlich keinen Sinn mehr habe. Die CSU-Fraktion habe eigentlich gewollt, daß nach diesem Ereignis wieder von vorne angefangen werde, jedenfalls werde man aber verstärkte Forderungen stellen müssen. Wie die Sache weiter laufen werde, könne man vorläufig nicht sagen. Die Hauptgefahr bestehe aber wie gesagt darin, daß die Dinge vor dem Zusammentritt der Bundesorgane zu weit vorgetrieben worden seien.

Anschließend verliest Ministerpräsident Dr. Ehard die Erklärung, die er gegenüber der Presse abgegeben habe[30] und stellt an das Kabinett die Frage, ob es sein Verhalten in Bonn und diese Erklärung billige.

29 Vgl. Ehard in Nr. 76 TOP I.

30 „Die Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zum Präsidenten des Bundesrats bedeutet eine weitere Häufung von wichtigen politischen Positionen zugunsten des wirtschaftlich stärksten Landes. Diese Konzentration von Einfluß und Macht bedroht von vornherein einen gesunden föderalistischen Ausgleich. In Süddeutschland wird dieser Vorgang mit Recht das Gefühl verstärken, daß die vom neuen Machtzentrum mehr abseits liegenden Gebiete rücksichtslos beiseite geschoben werden. Befremdlich ist es, daß diese bedauerliche Situation durch das Verhalten und durch einen geradezu diktatorisch erhobenen Anspruch des Ministerpräsidenten des größten Landes herbeigeführt wurde, der sich hierbei auf einen Beschluß seines Koalitionskabinetts berief. Die bayer. Bundesratsmitglieder sahen sich unter diesen Umständen nicht in der Lage, dieses Spiel, dessen politische Hintergründe offenkundig sind, mitzumachen und den Weg mitzugehen, den die anderen süddeutschen Bundesratsmitglieder der CDU, wenn auch nur notgedrungen, mitmachten. Daß die soz. dem. Mitglieder des Bundesrates von der ihnen gebotenen politischen Situation Gebrauch machten, kann ihnen niemand verübeln. Daß die Bundesratsangelegenheiten nicht mit den Fragen der Regierungs- und Koalitionsbildung oder gar mit der Wahl des Bundespräsidenten verkoppelt werden dürfen, war von Anfang an mein Standpunkt. Dieser Grundsatz ist offensichtlich

Staatsminister *Dr. Hundhammer* führt aus, es sei kein Zweifel, daß dieser Vorgang in Bayern und zwar nicht nur in den Reihen der CSU als Brüskierung betrachtet werde. Die Reaktion der bayerischen Presse sei erstaunlich einmütig,[31] auch bei Blättern, die der SPD nahe stünden. Er sei der Überzeugung, daß der Ministerpräsident keine andere Haltung hätte einnehmen können; allerdings hätte man vielleicht von bayerischer Seite aus bei der Vorbereitung aktiver sein müssen. Das gelte allerdings nicht für den Herrn Ministerpräsidenten selbst, er könne auch nicht beurteilen, wie weit Herr Minister Pfeiffer hätte eingreifen können. Übrigens habe er selbst mit Ministerpräsident Arnold in Bochum gesprochen,[32] zwar nicht sehr lange, aber doch klar und deutlich. Arnold habe dabei erklärt, er denke nicht daran, das mitzumachen, was in Bonn vorbereitet worden sei und ebenso äußerten sich Frau Teusch und Reichskanzler a.D. Wirth.[33] Offensichtlich seien die Vorbereitungen von Seiten Arnolds und seiner Freunde sehr intensiv gewesen, wobei die Tendenz unverkennbar gewesen sei, im Bundesrat ein Gegengewicht gegen Adenauer zu schaffen und gleichzeitig die Möglichkeit für eine Koalition mit der SPD. Er selbst habe gesagt, eine große Koalition mit SPD und FDP sei unmöglich, weil dann die CDU/CSU alles aufgeben würde, was sie im Wahlkampf verkündet habe und ihre Führerposition wegwerfen würde. Außerdem würde sich auf diese Weise eine Mehrheit der SPD/FDP ergeben, besonders bei allen Fragen der Kulturpolitik und des Föderalismus, ein Ergebnis, das man ja schon im Parlamentarischen Rat erlebt habe. Seiner Auffassung nach könne man nur eine Koalition mit einem Partner machen und zwar lieber mit dem schwächeren als mit dem stärkeren.

Die Entwicklung in Bonn müsse schon deshalb sehr bedauert werden, weil sie der Bayernpartei neuen Auftrieb verleihe und man mit einem gewissen Recht behaupten könne, Bayern werde von der CDU an die Wand gespielt. Er selbst habe übrigens die Bonner Vertreter der CSU zur Vorsicht gemahnt, damit nicht unter Umständen die SPD zur stärksten Fraktion werden könne.

Andererseits würde es aber sicher in Bayern verstanden werden, wenn die CSU-Vertreter in Bonn für Frankfurt als Bundessitz stimmen würden.[34]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt zur Ergänzung noch mit, er sei erschüttert über die mangelnde Wahrheitsliebe Arnolds. Dieser habe z.B. dem CSU-Abgeordneten Kemmer[35] von Bamberg erklärt, er habe mit Ministerpräsident Ehard gesprochen und sei mit ihm wieder ganz einig. Tatsächlich habe er keinerlei Aussprache mit Ministerpräsident Arnold gehabt und denke auch gar nicht daran, sich mit allem abzufinden.

Staatsminister *Dr. Seidel* stellt gleichfalls fest, daß das Spiel Arnolds seine Hauptursache darin gehabt habe, zusammen mit den süddeutschen Ministerpräsidenten und der SPD ein Gegengewicht gegen Adenauer zu schaffen. Zweifellos sei Adenauer kein Föderalist und in all seinen Handlungen sehr selbstherrlich. Ein gewisser Gegensatz gegen ihn sei im bayerischen Interesse wohl notwendig. Es sei kein Zweifel, daß der bayerische Ministerpräsident als Präsident des Bundesrats ein solches Gegengewicht gegen Dr. Adenauer hätte bilden können.

Im Frankfurter Länderrat habe man die Erfahrung gemacht, daß versucht worden sei, die Opposition im Wirtschaftsrat im Länderrat weiter zu führen. Diese Frankfurter Tendenz sei nun von Arnold übernommen worden. Im Länderrat habe man aber niemals zugelassen, daß die SPD ihre Absichten dort erreicht habe und er halte auch das Vorgehen Arnolds für eine politische Torheit. Es entstehe nun die Frage, welche Konsequenzen gezogen werden müßten. Seine Meinung sei die, daß der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik zu bestimmen habe, daß aber andererseits hätte versucht werden müssen, von Bayern aus auf die Entwicklung

verletzt worden. Aber gerade auch durch das Vorgehen von Nordrhein-Westfalen wurde der Bundesrat von vornherein leider auf eine parteipolitische Ebene gezogen.“ (StK 13074); SZ 8. 9. 1949; Abdruck bei *Wengst*, Auftakt S. 284f.

31 Zur Pressereaktion auf die Konstituierung des Bundesrates s. PA 1949/1950 5.

32 In Bochum hatte kurz vor der Konstituierung der Bundesorgane der Dt. Katholikentag (31. 8.–4. 9. 1949) stattgefunden; s. *Hehl/Kronenberg*.

33 Dr. phil. Joseph *Wirth* (1879–1956), 1921/1922 Reichskanzler (Zentrum); vgl. *Lexikon der Christlichen Demokratie* S. 404f.

34 Vgl. Nr. 80 TOP II.

35 Emil *Kemmer* (1914–1965), Schlosserlehre, 1945–1949 Diözesanleiter der Kath. Jugend Bamberg, 1949–1964 MdB (CSU), 1952–1961 Vors. des Ausschusses für Jugendfürsorge (ab 1957 Ausschuß für Familien- und Jugendfragen), 1964–1965 Landrat LKr. Bamberg.

in Bonn Einfluß zu nehmen. Das sei zwar nicht Sache des Ministerpräsidenten selbst, sondern anderer Leute, er müsse aber den Vorwurf machen, daß dieser im Laufe der Entwicklung gut daran getan hätte, wenn er einige seiner Kollegen zusammenberufen und ihre Auffassungen angehört hätte. Die Beratung ausschließlich durch eine oder zwei Persönlichkeiten genüge nicht. In Bonn seien z.B. im Gegensatz zu der klar geäußerten Auffassung des Ministerpräsidenten Erklärungen abgegeben worden, die mißverstanden werden könnten. Wenn vielleicht auch die Erklärung, die CSU werde die Gemeinschaft mit der CDU bei einer großen Koalition lösen, nicht in dieser scharfen Form abgegeben worden sein sollte, so habe doch Herr Adenauer Gelegenheit gehabt, sie so auszulegen und zu benützen. Auch die Verbindung mit den Ministerpräsidenten der SPD sei nicht genug aufrecht erhalten worden. Er habe feststellen müssen, daß die menschliche Zuneigung dieser Herren zum bayerischen Ministerpräsidenten zwar nach wie vor bestehe, daß aber das politische Vertrauen durch den Eindruck erschüttert worden sei, als wäre die CSU allzu sehr von Dr. Adenauer abhängig.

Die bayerische CSU sei in Bonn das Zünglein an der Waage, nicht die Deutsche Partei oder die Bayernpartei, infolgedessen müßte die CSU als Gruppe in der CDU sehr wachsam sein und die bayerischen Forderungen mit Nachdruck vertreten. Es werde notwendig sein, die Bundesangelegenheiten schnell, ordentlich und mit geeignetem Personal zu organisieren und auch eine ständige Fühlungnahme mit der CSU-Fraktion in Bonn aufrecht zu erhalten.[36] Hier müsse eine Persönlichkeit beauftragt werden, die allgemeines Vertrauen genieße. Schließlich sei es noch notwendig, daß das Kabinett zu einer klaren und einheitlichen Auffassung komme.

Stv. Ministerpräsident[37] *Dr. Müller* macht darauf aufmerksam, daß eine Stunde bei den Beratungen entscheidend gewesen sei, in der es klar zum Ausdruck gekommen sei, daß die Ministerpräsidenten die große Koalition wollten.

Staatsminister Dr. Pfeiffer habe einen Brief an Staatspräsidenten Wohleb gerichtet, in dem er niedergelegt habe, die dort gefaßte Resolution dürfe nicht beschlossen werden, weil sie von einer großen Koalition spreche. Er habe zwar Dr. Pfeiffer veranlassen können, diesen Brief nicht abzusenden, dieser habe aber der Presse bereits Mitteilung gemacht gehabt.

Bei den Besprechungen mit Dr. Adenauer in Koblenz[38] sei folgendes geschehen:

Als Adenauer erklärte, daß Wohleb für eine große Koalition eintrete, habe er erklärt, er könne nicht mehr anders und müsse an der kleinen Koalition festhalten, weil Bayern bereits eine Erklärung abgegeben habe, die CSU werde ausscheiden, wenn mit der SPD über eine große Koalition verhandelt werde. Ministerialdirektor Dr. Ringelmann habe ihm sofort zugeflüstert, daß Bayern jetzt zum Sündenbock gemacht werde. Er selbst habe Adenauer widersprochen und erklärt, er wisse nichts von einem derartigen Beschluß. Daraufhin habe Dr. Adenauer geantwortet, es sei doch so und er, Müller, solle nur Dr. Pfeiffer fragen. Dr. Pfeiffer habe daraufhin festgestellt, ein solcher Beschluß liege vor, er sei bei einer Sonderbesprechung gefaßt worden.[39] Ministerpräsident Dr. Ehard habe seinerseits erklärt, niemand zu einer solchen Verlautbarung ermächtigt zu haben. Jedenfalls seien die Ministerpräsidenten Wohleb, Altmeier und Müller verstimmt gewesen. Übrigens habe er selbst auch darauf hingewiesen, daß man die Wahl des Bundespräsidenten nicht[40] mit Koalitionsbesprechungen verkoppeln dürfe; andererseits sei bei diesen ganzen Verhandlungen von der Frage des Präsidiums im Bundesrat nie die Rede gewesen. Klar sei nur von Anfang an der Widerstand aller Ministerpräsidenten und Minister gegen Adenauer gewesen, der die Koalition mit der FDP als einzige

36 Vgl. Seidel am 7. 9. 1949 vor der CSU-Landesgruppe: „Aber ich meine, daß sie alle engere Fühlung nehmen mit Ehard, der Landesvorsitzender ist, ihre Entschlüsse beraten. Wir haben eine Landtagsfraktion, die tut oder nicht tut was sie will oder nicht will; es darf nicht dahin kommen, daß auch die Bundestagsfraktion so handelt“ (ACSP, LG-Sitzung 7. 9. 1949). S. *Weber*, Föderalismus und Lobbyismus.

37 In der Vorlage „Minister“.

38 In Koblenz hatte am 25./26. 8. 1949 eine Ministerpräsidentenkonferenz stattgefunden. Die bayerische Delegation war von stv. MPr. Müller angeführt worden; vgl. *AVBRD* 5 S. 1059–1067. Vor der Konferenz hatte dort auch der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates getagt. Die Ausführungen Müllers beziehen sich offenbar auf politische Gespräche am Rande der Gremiensitzungen.

39 Vgl. Anm. 2.

40 Das Wort „nicht“ fehlt zwar in der Vorlage. Es ergibt sich aber logischerweise aus der Wiederholung des Gedankengangs durch Müller etwas weiter unten.

Möglichkeit dargestellt und dauernd gegen Dr. Schumacher [41] polemisiert habe, wodurch alles verfahren worden sei. Nach dieser Erklärung Dr. Adenauers könne man es niemand von der SPD übel nehmen, wenn sei nicht für Dr. Ehard als Bundesratspräsidenten hätten stimmen wollen.

Ministerialdirektor *Dr. Ringelmann* [42] bestätigt die Ausführungen des Herrn Stv. Ministerpräsidenten Dr. Josef Müller und fügt ergänzend hinzu, Ministerpräsident Wohleb habe sich sehr scharf gegen die Erklärung Dr. Pfeiffers gewandt.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* fährt fort, in der Nacht hätten auch noch Besprechungen und Unterhaltungen stattgefunden, bei denen Ministerpräsident Altmeier endgültig seinen Standpunkt festgelegt hätte, nachdem er an sich mehr schon zur großen Koalition geneigt habe.

Der Katholikentag in Bochum habe völlig im Zeichen einer betont sozialen Politik gestanden und die dort gehaltenen Reden[43] seien zum Teil an die Adresse Adenauers gerichtet gewesen. Im Ruhrgebiet werde befürchtet, daß sich die CDU an die liberalen Wirtschafter der FDP anlehne. Seine eigene Meinung, mit der FDP keine Ehe einzugehen, habe sich in der letzten Zeit noch verstärkt, besonders nachdem diese Partei das Finanzministerium verlange. Er schlage vor, eine Erklärung abzugeben, daß die Wahl des Bundespräsidenten mit den Koalitionsverhandlungen nichts zu tun habe, zumal ein großer Teil der SPD bereit sei, über die Person des zukünftigen Bundespräsidenten zu diskutieren. Andernfalls werde die SPD von sich aus einen Kandidaten nominieren. Jedenfalls hoffe er, daß man bei den jetzigen Besprechungen nicht die gleichen Fehler wie bisher machen werde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt zunächst fest, er sei sehr betroffen über die Bemerkung des Herrn Staatsministers Dr. Seidel. Er glaube doch über alles, was geschehen sei, das Kabinett eingehend informiert zu haben, er habe immer Wert darauf gelegt, das Kabinett auf dem Laufenden zu halten und sich mit seinen Mitgliedern abzustimmen. Die Vorgänge in Koblenz habe er selbst erst nachträglich, wenigstens in den Einzelheiten, in Bonn erfahren. Wenn sich schon die SPD entrüste, so sei er erstaunt, daß sie mit allen möglichen Leuten rede, aber nicht mit ihm. Auch von Seiten der CSU aus habe niemand den Versuch gemacht, ihn auf die Vorgänge aufmerksam zu machen oder eine Verbindung mit der SPD herzustellen. Den Ausgang der Wahl des Bundesratspräsidenten bedauere er nur mit Rücksicht auf Bayern.[44] Er gebe zu, daß zum Teil unvorsichtige Äußerungen von eigenen Leuten gefallen seien, die Adenauer dann offensichtlich mit besonderem Nachdruck weitergegeben habe. Im übrigen mache er darauf aufmerksam, daß alles, was Staatsminister Dr. Pfeiffer in den Fragen der Organisation mache, im Auftrag der Ministerpräsidenten-Konferenz geschehe, ohne daß er selbst den geringsten Einfluß darauf genommen habe.

Im übrigen bitte er nochmals, ihn wissen zu lassen, ob das Kabinett mit der in Bonn abgegebenen Erklärung einverstanden sei.[45]

Nicht uninteressant sei auch, daß Dr. Baumgartner[46] und Dr. Seelos[47] bei Adenauer gewesen seien und ihm erklärt hätten, sie würden ihn in allem unterstützen; zu der CSU fänden diese Herren allerdings den Weg nicht.

Am Montag nachmittag finde die Bundesversammlung[48] in Bonn statt. Montag vormittag 11 Uhr eine Sitzung des Bundesrats, zu der Ministerpräsident Arnold eingeladen habe. Viel Bedeutsames werde auf dieser Sitzung

41 Dr. rer. pol. Kurt *Schumacher* (1895–1952), 1930–1933 MdR (SPD), 1946–1952 Parteivorsitzender der SPD, 1949–1952 MdB und Vorsitzender der SPD-Fraktion. S. *Merseburger*.
42 Zu seiner Person s. Anwesenheitsliste Nr. 62.
43 S. *Gerechtigkeit schafft Frieden*.
44 Der Bundesrat wählte MPr. Ehard nach Ablauf der einjährigen Amtszeit Arnolds am 8. 9. 1950 zum Bundesratspräsidenten; vgl. *Gelberg*, Ehard S. 333–336. Ferner zu Ehards Wahl die Ausführungen von StMUK Hundhammer zu Beginn des Ministerrats in Nr. 121.
45 Obwohl das Protokoll keinen Beschluß des Ministerrats wiedergibt, berichtete die Presse anschließend, der Ministerrat habe die in Bonn von Ehard eingenommene Haltung einstimmig gebilligt, SZ 10. 9. 1949.
46 Prof. Dr. rer. pol. Joseph *Baumgartner* (1904–1964), 22. 10. 1945 -15. 1. 1948 StMELF (CSU) in den Kabinetten Hoegner I, Ehard I und II bis zum Rücktritt am 15. 1. 1948, 26. 1. 1948 Übertritt zur BP, 19. 6. 1948–1952 und 1953–1959 Vors. der BP, 1946–1962 MdL, 1949–1950 MdB (BP); vgl. *Protokolle Ehard* II (Band 1 1947/1948) Einleitung S. XXXIXf.
47 Zu seiner Person s. Nr. 77 TOP I.
48 Vgl. Nr. 76 TOP I.

wohl nicht geschehen, er selbst werde deshalb auch nicht hingehen und auch nicht an der Bundesversammlung teilnehmen. Er bitte um Vorschläge, wer außer Staatsminister Dr. Pfeiffer an der Bundesratssitzung teilnehmen wolle.

Der Ministerrat vereinbart dann, daß die Herren Staatsminister Dr. Müller und Dr. Schlögl nach Bonn fahren werden.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* erklärt sodann, er selbst ebenso wie die Herren Minister Dr. Seidel und Dr. Schlögl hätten keine Einladung zum Empfang des Bundesratspräsidenten bekommen, wohl aber der Sohn des Herrn Staatsministers Dr. Pfeiffer[49] und Rechtsanwalt Reschreiter,[50] bei dem dieser als Referendar tätig sei.

Staatsminister *Dr. Seidel* fügt hinzu, er stelle fest, daß eine Staatskanzlei bestehe, die ausreichend besetzt sei. Es bestehe nicht die geringste Veranlassung, darüber hinaus Persönlichkeiten außerhalb der Verwaltung mit Aufgaben zu betrauen, die von Beamten erledigt werden könnten.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, mit diesem Empfang habe die Staatskanzlei nicht das geringste zu tun gehabt. Er werde sich aber wegen der Einladungen erkundigen. Im übrigen müsse er nochmals feststellen, daß er die vorhin gefallene Äußerung des Herrn Staatsministers Dr. Seidel nicht verstehe, nachdem er sowohl vor wichtigen Besprechungen das Kabinett befragt, als auch nachher informiert habe.

Ministerialdirektor *Dr. Ringelmann* bemerkt, er habe die Bonner Verhandlungen ständig mitgemacht und habe niemals eine andere Lesart gehört, als daß selbstverständlich der Herr Ministerpräsident Präsident des Bundesrats werden würde.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* fügt hinzu, auch in Koblenz sei über die Frage des Bundesratspräsidenten niemals auch nur mit einem Wort gesprochen worden.

Staatssekretär *Dr. Schwalber* erklärt, er wisse seit 12. Mai 1949, daß Arnold gewisse Aspirationen auf den Posten des Bundesratspräsidenten habe und er wundere sich, daß das nicht bekannt geworden sei. Diese Mitteilung habe ihm Herr Mohr[51] am 12. Mai 1949 gemacht. Er glaube, daß man die Stimmung in Düsseldorf zu wenig beachtet habe.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* tritt dafür ein, daß die richtigen Leute nach Bonn geschickt würden, die über alles informiert seien.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, er habe schon Vorbesprechungen auch mit den Herrn Abgeordneten Schäffer[52] und Strauß[53] geführt und mit ihnen vereinbart, daß die CSU-Abgeordneten enge Fühlung mit der bayerischen Vertretung hielten.

[II.] Feierlichkeiten anläßlich des Ablebens von Richard Strauss

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt bekannt, daß Richard Strauss heute Mittag gestorben sei.[54] Die Einäscherung werde am Montag, den 12. 9. vormittags 11 Uhr im Ostfriedhof stattfinden. Er bitte um möglichst zahlreiche Beteiligung bei dieser Feier.[55] Außerdem sei beabsichtigt, am Sonntag, den 18.9. vormittags im Prinzregententheater eine Gedächtnisstunde zu veranstalten.[56]

49 Anton, geb. 1920; Peter, geb. 1922; Dr. jur. Rudolf, geb. 1924.
50 Dr. jur. Max *Reschreiter*, Rechtsanwalt in München.
51 Dr. jur. Karl *Mohr* (1902–1981), Jurist, 1947–1950 Persönlicher Referent von Ministerpräsident Arnold (ORR, dann MinRat), 1950 MD und Chef der StK von Nordrhein-Westfalen, 1953–1956 im Range eines Staatssekretärs.
52 Fritz *Schäffer* (1888–1967), 1929–1933 Vors. der BVP, 28. 5.-28. 9. 1945 Bayer. Ministerpräsident, 20. 9. 1949–1957 Bundesfinanzminister, 1957–1961 Bundesjustizminister, 1949–1961 MdB (CSU), 30./31. 8. 1949 Wahl zum 1. Obmann der CSU-Landesgruppe, 1. 9. 1949 Wahl zum stv. Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; vgl. *Protokolle Schäffer*; *Lexikon der Christlichen Demokratie* S. 352f.
53 In der Vorlage fälschlich „Strauss“. Zu seiner Person s. Nr. 87 TOP I.
54 Strauss war bereits am 8. 9. 1949 verstorben; vgl. das Beileidstelegramm Ehards an die Familie, 8. 9. 1949, 18.20 Uhr (NL Ehard 1548); ferner das Beileidsschreiben von Ehard, 8. 9. 1949 (NL Ehard 272).
55 Vgl. die Traueransprache Ehards zur Feuerbestattung von Richard Strauss, 12. 9. 1949 (NL Ehard 632). Lt. NZ (13. oder 14. 9. 1949) nahmen Ehard, Hundhammer und Ankermüller für die Staatsregierung an der Einäscherung teil; vgl. die Fotos in NL Ehard 779.
56 Auf dem Programm der Richard Strauss Gedächtnisfeier am 18. 9. 1949 im Prinzregententheater standen neben musikalischen Beiträgen eine Gedächtnisrede auf Richard Strauss von Kurt Pfister und Worte des Gedenkens von Staatssekretär Dieter Sattler (Exemplar NL Ehard 567).

Staatsminister *Dr. Hundhammer* schlägt vor, daß bei dieser Gedächtnisstunde entweder Ministerpräsident Dr. Ehard oder Staatssekretär Dr. Sattler sprechen sollten, vielleicht auch Präsident Haas[57] der Akademie der Tonkunst und ein Vertreter der Komponisten.[58]

Es wird vereinbart, die endgültige Gestaltung der Gedächtnisstunde im Laufe der nächsten Woche zu beschließen.

[III.] Gedenkstunde zum Tag der Opfer des Faschismus[59]

Es wird vereinbart, daß bei dieser Feier die Staatsregierung durch Herrn Staatssekretär Dr. Grieser vertreten werden solle.[60]

[IV.] 25-jähriges Pfarrerjubiläum des Herrn Geistlichen Rats Muhler[61]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt eine Einladung zu dieser Feier bekannt, worauf sich die Herren Staatsminister Dr. Müller und Frommknecht sowie Staatssekretär Sedlmayr bereiterklären, der Feier beizuwohnen.

[V.] Einladung des Bayer. Gewerkschaftsbundes

Staatsminister *Krehle* teilt mit, er werde der Einladung des Bayer. Gewerkschaftsbundes zur letzten Bundestagung am 14. 9. 1949 Folge leisten[62] und dort auch das Wort ergreifen.

[VI.] Aufhebung der 6%igen Gehaltskürzung[63]

Ministerialdirektor *Dr. Ringelmann* berichtet, das Bayer. Staatsministerium der Finanzen habe einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Wegfall der 6%igen Gehaltskürzung ab 1. 10. 1949 vorsehe. Diese Regelung sei mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten erforderlich geworden, zumal die gleiche Maßnahme bereits in fast allen deutschen Ländern eingeführt worden sei. Er bitte den Ministerrat heute schon um Zustimmung, obwohl das Finanzministerium den Gesetzentwurf noch nicht habe vorlegen können, da dieser bereits in den nächsten Tagen im Haushaltsausschuß des Bayer. Landtags beraten und sodann im Plenum verabschiedet werden solle.

Der Ministerrat beschließt sodann, diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben und erklärt sich damit einverstanden, daß er sofort nach Eingang in die Staatskanzlei dem B. Landtag zugeleitet wird.[64]

57 Prof. Joseph *Haas* (1879–1960), 1921–1945 Prof. an der Akademie der Tonkunst, München, 1946–1950 Präsident der Staatlichen Hochschule für Musik in München.

58 Lt. SZ, 13. 9. 1949, sprachen am Sarge von Richard Strauss MPr. Ehard für die Staatsregierung, Bürgermeister von Miller für die Stadt München, Prof. Karl Knappe für den abwesenden Präsidenten der Staatlichen Hochschule für Musik, der Generaldirektor der GEMA Erich Schulze und im Namen Österreichs MD Egon Hilpert. Vgl. jedoch auch die Gedenkworte für den 1949 verstorbenen Komponisten R. Strauss in NL Sattler 149.

59 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 32 TOP XIII . Der Tag der Opfer des Faschismus wurde 1949 in München am 11.9. feierlich begangen. S. *Goschler*, Wiedergutmachung S. 217–221.

60 „Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus“ SZ 13. 11. 1949. Grieser leitete MPr. Ehard anschließend seine am Tag der Opfer des Faschismus gehaltene Ansprache zu; vgl. Grieser an Ehard 12. 9. 1949 (StK 14263).

61 Dr. oec. publ. Emil *Muhler* (1892–1963), 1919 Priesterweihe, 1924 Stadtpfarrer St. Andreas München, 1930–1933 Stadtrat München (BVP), 1933/1934, 1940 in Haft, 1944/1945 KZ Dachau, 1945 Mitbegründer der CSU, 1946–1963 Mitglied des Landesvorstandes und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 Mitglied des Bayer. Beratenden Landesausschusses, 1947–1963 Mitglied des Bayer. Senats. Vgl. *Protokolle Schäffer* S. 68; *Der Bayerische Senat* S. 225f.

62 „Gewerkschaftsbund löst sich auf. Eingliederung des BGB in die westdeutsche Gewerkschaftsorganisation“ SZ 15. 9. 1949. Am 14. 10. 1949 wurde dann in München der Deutsche Gewerkschafts-Bund (DGB) gegründet; dazu s. Nr. 81 TOP IV. An die Stelle des im DGB aufgegangenen Bayerischen Gewerkschaftsbundes trat die Landesbezirksleitung Bayern des DGB.

63 Diese ging auf die Politik Reichskanzler Brünings zurück; vgl. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930, hier Zweiter Teil Kap. II. Gehaltskürzung (RGBl. I S. 517); s. im Detail *Schulz*, Gerhard: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933. Berlin 1992, S. 185–237.

64 MPr. Ehard leitete den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der 6%igen Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge nach der Ersten Gehaltskürzungsverordnung am 12. 9. 1949 dem Landtagspräsidenten mit Begründung zu; vgl. *BBd.* III Nr. 2818. § 1 lautete: „Die Erste Gehaltskürzungsverordnung (Kapitel II des II. Teiles der Verordnung vom 1. Dezember 1930 – RGBl. I S. 522 – in der Fassung der Verordnung vom 6. Oktober 1931 – RGBl. I S. 537 – und des Gesetzes vom 23. März 1934 – RGBl. I S. 232) ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1949 nicht mehr anzuwenden.“ – Gesetz über die Aufhebung der 6%igen Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge nach der Ersten Gehaltskürzungsverordnung vom 28. September 1949 (GVBl. S. 260). Vgl. dazu die Ausführungsbestimmungen des StMF, 19. 10. 1949, Bayer. Staatsanzeiger 22. 10. 1949.

[VII.] Fall Loritz[65]

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* führt aus, die Erklärung, die Herr Abgeordneter Loritz in Bonn abgegeben habe, könne nicht stimmen. Er selbst habe erklärt, hier nehme man davon keine Notiz. Das Verfahren gehe weiter, wenn nicht eine schriftliche Entscheidung des Bundestags vorliege.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stimmt zu und stellt fest, das Strafverfahren sei vom Landtag genehmigt und laufe weiter. Es könne so lange durchgeführt werden, bis nicht der Bundestag die Aufhebung ausdrücklich verlange. Zum Vollzug einer etwaigen Feiheitsstrafe müsse allerdings die Zustimmung des Bundestags eingeholt werden, die im Plenum zu beschließen sei.[66]

[VIII.] Fall Gröning

Staatssekretär *Dr. Schwalber* gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand des Falles Gröning[67] und berichtet über die Zustände vor dem Traberhof in Rosenheim und in Rosenheim selbst.[68] Jedenfalls könne das Heilpraktikergesetz[69] nicht angewendet werden, weshalb er es auch ablehne, eine vorläufige Heilerlaubnis zu geben. Die ganze Angelegenheit stelle die Staatsregierung, vor allem das Innenministerium, vor eine Reihe schwieriger Probleme. Auf alle Fälle müsse bezüglich der gesundheitsgefährdenden Zustände in Rosenheim eine Warnung abgegeben werden.

Der Ministerrat nimmt die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Schwalber zur Kenntnis.[70]

[IX.] Personalangelegenheiten

1. Ernennung des Landgerichtspräsidenten[71] in Bamberg Hermann Weinkauff[72] zum Oberlandesgerichtspräsidenten[73]

Der Ministerrat beschließt dieser vom Justizministerium vorgeschlagenen Ernennung zuzustimmen.

2. Ernennung des Senatspräsidenten Cammerer[74] zum Ministerialdirigenten

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* schlägt vor, Herrn Senatspräsidenten Cammerer im B. Staatsministerium der Justiz zum Ministerialdirigenten zu ernennen. Er werde den Vorschlag mit den Akten nachträglich einreichen.

Der Ministerrat beschließt, der Ernennung zuzustimmen.

65 Vgl. Nr. 74 TOP II.

66 Mit Beschluß vom 3. 11. 1949 lehnte es der Bundestag auf Antrag von Loritz ab, dessen Immunität aufzuheben; vgl. *Woller*, Loritz-Partei S. 110 sowie Pfeiffer an Ehard, 4. 11. 1949, betr. Sitzung des Bundestags, 3. 11. 1949, hier Debatte über die Aufhebung der Immunität des Abg. Loritz (4 S.) (StK 13079).

67 „Tausende im Banne des Herforder ‘Wunderdoktors’. Lahme zerbrechen ihre Krücken, Blinde werden sehend – Bruno Gröning, Schwindler oder Phänomen?“ Münchner Merkur 24. 6. 1949; AZ 20. 8. 1949; ferner die Zeitungsausschnittsammlung zum Auftreten Grönings in: MInn 92106. Vgl. im Detail StK 13657, MInn 92105 und NL Ehard 891. – Bruno *Gröning* (1906–1959).

68 Vgl. zum „Wunderheiler Bruno Gröning im Traberhof“, *Mair*, Karl: Rosenheim in den 50er Jahren (Beiträge zur Stadtgeschichte 4). Rosenheim 2001, S. 19f., Fotos S. 132f.; ferner zeitgenössisch *Schmidt*, Egon-Arthur: Die Wunderheilungen des Bruno Gröning. Berlin 1949 sowie aus der Literatur zuletzt *Kamp*, Matthias: Bruno Gröning, Revolution in der Medizin: Rehabilitation eines Verkannten. Eine ärztliche Dokumentation der Heilung auf geistigem Wege. Wegberg 1993.

69 Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) vom 17. Februar 1939 (RGBl. I S. 251). Vgl. *Gröning – Volkswille – Heilpraktikergesetz.* Hg. von der Deutschen Heilpraktikerschaft e.V., 1949 (Exemplar in: NL Ehard 1793).

70 Zum Fortgang s. Nr. 81 TOP V.

71 Vgl. *Protokolle Ehard* II (Band 1 1947/1948) Nr. 7 TOP IV.

72 In der Vorlage fälschlich „Weinkauf“. – Dr. jur. h. c. Hermann K. A. *Weinkauff* (1894–1981), Jurist, seit 1926 beim Reichsanwalt und Reichsgericht in Leipzig, 1933 NSDAP-Mitglied, seit 1937 Reichsgerichtsrat, 1945 Automatic Arrest, 1946–1949 Landgerichtspräsident Bamberg, September 1949 Oberlandesgerichtspräsident, Mitglied des Bayer. Verfassungsgerichtshofes, 1950–1960 Präsident des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe; vgl. *Rüthers*, Geschönte Geschichten S. 92f.

73 Vgl. Nr. 7 TOP IV.

74 Clemens *Cammerer* (1883–1962), Jurist, Studium der Rechtswissenschaften in München und Erlangen, 1912 große juristische Staatsprüfung, 1913–1915 juristischer Hilfsarbeiter im StMJu, 1915–1919 III. Staatsanwalt Amtsgericht München, 1919 ebd. Amtsrichter, 1919–1921 Verwendung im StMJu, 1921/1922 Landgerichtsrat unter Verwendung im StMJu, 1922/1923 Landgerichtsrat im StMJu, 1923–1927 Oberamtsrichter Amtsgericht München, 1927–1930 ORR, 1930–1934 MinRat StMJu, 1. 8.-31. 12. 1934 Senatspräsident OLG München, 1. 1. 1935–31. 3. 1941 Ruhestand, 1. 4. 1941 Senatspräsident OLG München, nach Kriegsende Automatic Arrest im Lager Moosburg, vom BefrG nicht betroffen, seit 24. 4. 1946 wieder im Dienst des OLG München, 1. 6. 1946 Abordnung zur Dienstleistung an das StMJu, 16. 8. 1949 MinDirig, 1. 1. 1951 Ruhestandsversetzung.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär des
Ministerrats
In Vertretung
gez.: Levin Frhr. von Gumppenberg
Regierungsdirektor

Der Leiter der
Bayerischen Staatskanzlei
gez.: Dr. Anton Pfeiffer
Staatsminister